Beschluss Grüne Strukturen auf dem Land stärken

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	16.11.2024
Tagesordnungspunkt:	VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

Bereits der Name unserer Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für zwei wichtige Grundsätze: Eine starke Ausrichtung auf Bündnisarbeit und Solidarität sowie das Bekenntnis zu unserem geeinten Deutschland. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, trotz großer Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, oder wie es die Bundestagsfraktion formuliert: "Wir wollen die zunehmende Kluft zwischen Stadt und Land überwinden und die strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen abbauen." Diesen Satz wollen wir mit Leben füllen.

Strukturell und konzeptionell verteilt sich unsere Partei heute sehr unterschiedlich. Sie hat teils sehr starke Regionen und Wahlergebnisse, viele Neueintritte in wirtschaftsstarken Regionen und großen Städten. Dem gegenüber stehen in den ländlichen Räumen oft ehrenamtliche Einzelkämpfer*innen, die vermehrt Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt sind. Es braucht daher auch mehr hauptamtliche Unterstützung und Strategien, um unsere Mitglieder zu stärken in ihrem Engagement für eine offene Demokratie. Besonders nach den letzten Kommunalwahlen und den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern mit einem teils dramatischen Rückgang der bündnisgrünen Wahlergebnisse müssen wir uns als Gesamtpartei der Frage stellen, wie wir in den kommenden Jahren an einer Verbesserung unserer Präsenz und Wirkkraft überall im Land arbeiten.

Als solidarische und kämpferische Partei, die wir sind, müssen wir uns unterhaken und die Sichtbarkeit für GRÜN auch in ländlichen Räumen verbessern und gewährleisten. Die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gelingt nur gemeinsam. Um unsere Zukunft erfolgreich zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, dass ländliche und urbane Räume nicht als Gegensätze, sondern als gegenseitige Ergänzungen verstanden werden. Damit dieses Miteinander gelingt, bieten wir uns als der politische Partner für alle Menschen an – in Stadt und Land.

Gerade außerhalb von Wahlkämpfen bedeutet dies konkret:

1. die Lebenswirklichkeit ländlicher Regionen und ihre Unterschiede zu städtischen Regionen anerkennen und programmatisch berücksichtigen;

2. Kampagnen zielgruppenspezifisch auf diese Bedürfnisse ausrichten;

3. Orts- und Kreisverbände aus ländlichen Regionen organisatorisch, finanziell und personell gezielt stärken.

Zu 1: Die programmatischen Angebote bündnisgrüner Politik müssen ländliche Regionen in allen Politikfeldern stärker mitdenken. Dies gilt unter anderem für die Energie- und Wärmewende, für den Ausbau der (digitalen) Infrastruktur sowie für die Verkehrs- und Mobilitätspolitik. Das tun unsere kommunalen Fraktionen

überall im Land. Gerade in den ländlichen Räumen entscheidet sich, ob wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern, den Zusammenhalt stärken und für alle Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Um hier realistische Angebote für die hier lebende Bevölkerung zu machen, gilt es auch die Bedürfnisse und Rechte von Minderheiten zu berücksichtigen - denn beispielsweise leben auf dem Land 20% der Menschen mit einer Behinderung. Mit Blick auf den demografischen Wandel sind unter anderem notwendige Reformen der Krankenhauslandschaft und Projekte der medizinischen Versorgung dringend umzusetzen. Auf dem Land und besonders in Ostdeutschland leben jetzt schon proportional mehr Ältere. Auch für Menschen mit Behinderungen fehlt oftmals der Zugang zu Mobilität oder Gesundheitsversorgung. Diese Perspektiven wollen wir bei der Formulierung unserer programmatischen Ziele einbeziehen, indem wir die unterschiedlichen Bedarfe in Stadt und Land gleichberechtigt berücksichtigen.

Zu 2. Aktionen und Kampagnen müssen die ländlichen Regionen ganzjährig und auch außerhalb der Wahlkampfsaison im Blick haben und sich stärker an deren Bedürfnissen orientieren. Um den unterschiedlichen Bedarfen der vielfältigen Regionen gerecht zu werden, müssen wir die Strukturen unserer Partei nachhaltig stärken. Grundlage hierfür ist unser Selbstverständnis als Bündnispartei und eine Politik auf Augenhöhe, die auf Zuhören und einen offenen Dialog mit den Menschen setzt. Zugleich wollen wir viel selbstbewusster Erfolge und Chancen grüner Politik im ländlichen Raum kommunizieren, etwa bei der Energiewende, lokaler Wertschöpfung oder im Natur- und Artenschutz. Nur so können wir verstehen, welche Themen die Menschen bewegen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Gesprächsangebote und der Aufbau von Netzwerken schaffen Vertrauen in unsere Arbeit vor Ort. Die Kampagnen müssen diese Ziele unterstützen. Gleichzeitig braucht es die Präsenz in der Fläche. Tagungen und Veranstaltungen der Bundespartei und der Landesverbände sollen verstärkt in ländlichen Räumen stattfinden bzw. in diese hineinwirken. Zudem sollen offizielle Termine von Amts- und Mandatsträger*innen rechtzeitig an die Mitglieder vor Ort kommuniziert und nach Möglichkeit bei den Besuchen auch Veranstaltungen mit den Menschen vor Ort geplant werden.

Den Mitgliedern, die hier unter teils prekären Bedingungen und in einem aufgeheizten Diskussionsklima für unsere Politik einstehen, müssen wir verlässlich und kräftig unter die Arme greifen und in eine gute und gleichmäßige Arbeit aller Parteiorgane investieren. Dafür braucht es einen neuen Aufbruch und das Bekenntnis der ganzen Partei, solidarisch nach innen zu unterstützen, um überall vor Ort solidarisch nach außen wirken zu können. Die Schulung von Mitgliedern im Umgang mit anti-grünen Narrativen, Hass und Gewalt wollen wir ausbauen.

Zu 3. Die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen zeigen sich auch in den organisatorischen, finanziellen und personellen Möglichkeiten der Orts- und Kreisverbände. Um die ländlichen Regionen in den Fokus bündnisgrüner Politik zu stellen, müssen die bündnisgrünen Strukturen in diesen Regionen deutlich gestärkt werden. Daher müssen wir in gemeinsamer Verantwortung im ganzen Bundesgebiet eine sichere Basis für unsere politische Arbeit vor Ort stellen. Grundlage einer wirksamen und nachhaltigen politischen Arbeit ist die Schaffung von mehr hauptamtlichen Stellen, die die Orts- und Kreisverbände, insbesondere die ohne Fraktionen, Geschäftsführung oder Mandatsträger*innen, unterstützen oder direkt vor Ort angesiedelt werden könnten.

Hohe Kosten für Mobilität sowie fehlende Barrierefreiheit dürfen keine Hürde für die politische Teilhabe sein. Alle Interessierten sollen in unserer Partei wirksam werden können. Darüber hinaus wollen wir die politische Teilhabe von Menschen mit Vielfaltsmerkmalen auch in ländlichen Flächenkreisen weiter unterstützen. Zusätzlich braucht es konsequente Professionalisierung und die Übernahme von spezifischen Aufgaben durch die Landesverbände: Bei Buchhaltung, Webseite, Materialorganisation und -verbreitung usw., damit sich die Kreisgeschäftsstellen auf die Kommunikation mit den Wähler*innen und den Mitgliedern konzentrieren können. Für eine gute Öffentlichkeits- und Medienarbeit, insbesondere Social Media, braucht es Unterstützung aus der Partei, um Reichweite und Wirkung zu stärken.

Zur Stärkung der bündnisgrünen Arbeit sollen daher:

a) Die Stärkung grüner Strukturen in ländlichen Räumen hat eine große Bedeutung für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Im Zuge der aktuellen Haushaltsplanung unterstützen der Bundesverband und die Landesverbände gemeinschaftlich die Einführung regionaler Wahlkampfmanager*innen zur Stärkung der Wahlkampfaktivitäten der Kreisverbände in strukturschwachen Landesverbänden. Die Wahlkampfmanager*innen sollen für die politische Arbeit der Kreisverbände zur Verfügung stehen. Dazu werden für 2024/25 400.000 € aus dem Solifonds verwendet.

Zudem unterstützt der Bundesverband den Wahlkampf vor Ort durch eine unkomplizierte Subventionierung für das Aufstellen von Werbegroßflächen im Bundestagswahlkampf mit bis zu 1 Million €. Bei dieser Subventionierung werden Kreisverbände in strukturschwachen Regionen gezielt dem Solidargedanken entsprechend stärker bezuschusst. Das verringert den finanziellen Druck auf diese Kreisverbände sofort und wirksam.

Um grüne Strukturen für die Zukunft zu sichern, weiterzuentwickeln und perspektivisch zu verbessern soll der Bundesverband Vereinbarungen mit den Landesverbänden mit strukturschwachen Kreisverbänden treffen. Der dafür zur Verfügung stehende Strukturfonds muss mit den dafür nötigen Mitteln ausgestattet sein. Der Bundesfinanzrat prüft, ob es die Haushaltslage erlaubt, im Wahlkampfbudget weitere Mittel für die Unterstützung strukturschwacher Kreisverbände bereit zu stellen. Kurzfristig sind mit den Landesverbänden Brandenburg und Thüringen Vereinbarungen zu treffen, welche über ein Sonderbudget zur Stabilisierung grüner Strukturen eine Unterstützung in Höhe von weiteren insgesamt 100.000 Euro festlegt.

Im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt wird der Bundesverband gemeinsam mit den Landesverbänden eine Entwicklung und Stärkung der Kreisverbände unterstützen und dazu konkrete Vorschläge erarbeiten. Die gegenseitige Unterstützung stärkerer und schwächerer Kreisverbände unterstützt der Bundesverband durch organisatorische und konzeptionelle Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollen ausgebaut und verstetigt werden.

b) Der Bundesfinanzrat wird gebeten, einen für den Bundeshaushalt 2027 wirksamen Vorschlag einer neuen solidarischen Finanzierung der Parteistrukturen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu unterbreiten, um den Herausforderungen einer wachsenden Partei zu begegnen und um die Grundlagen für eine flächendeckende Professionalisierung zu schaffen. Dabei sollen die sehr unterschiedlichen

Strukturen und Ausgangsvoraussetzungen der Gliederungen besondere Beachtung finden. Dafür muss in einem ersten Schritt geklärt werden, welche Aufgaben die jeweiligen Gliederungen möglichst effizient übernehmen können. Im Anschluss wird ausgehend von diesen Aufgabenzuschnitten und Rahmenbedingungen ein Finanzierungsmodell erarbeitet. Die Aufgabenklärung soll dem Bundesvorstand und dem Parteirat Anfang 2026 vorgestellt werden.